## Liebe Nachbarinnen, liebe Nachbarn,

ziemlich verschandelt wirkt der Breitscheidplatz, seit er nach dem islamistischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche im Dezember 2016 zur Hochsicherheitszone ausgebaut wurde. Voraussichtlich ab dem Herbst will die Innenbehörde ein neues Konzept umsetzen – doch Baustadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne), einige Bezirksverordnete und die Stiftung Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche reagieren entsetzt. Sie kritisieren vor allem eine geplante Barriere mit "Berlin"-Schriftzug an der Kant- / Ecke Hardenbergstraße.

Ursprünglich hatte Innensenator Andreas Geisel (SPD) zwei Meter große Metallbuchstaben auf einem einen Meter hohen Betonsockel angekündigt. Nun soll die Gesamthöhe offenbar auf vier Meter steigen. Noch schlimmer findet es Schruoffeneger, dass die Barriere nach seiner Kenntnis 16 Meter breit werden soll. Das würde den Blick auf den Platz und die denkmalgeschützte Gedächtniskirche "massiv" behindern.

Ein Sprecher der Senatsverwaltung gab keine klare Antwort auf unsere Frage, ob die genannten Maße stimmen: "Die genauen Größenverhältnisse liegen noch nicht final vor, entsprechen aber in etwa einer Größenordnung, die aus Sicherheitsgründen erforderlich ist." Man habe "ein Zufahrtschutzkonzept entwickelt, das die vielfältigen Nutzungsformen sowie Interessen von Nutzerinnen und Nutzern sowie Anliegern des Breitscheidplatzes umfassend einbezieht und berücksichtigt".

Einen Termin für den Baubeginn nannte der Sprecher nicht.

Ordnungsstadtrat Arne Herz (CDU) hat gehört, dass in diesem Jahr vom Oktober bis zum 22 Dezember gebaut werden soll. Damit würde der benachbarte Weihnachtsmarkt stark beeinträchtigt, sagte Herz im BVV-Ausschuss für Bürgerdienste, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten. Beispielsweise müsse der Fußgängerweg zwischen dem Breitscheidplatz und dem Bikini-Haus in der Hardenbergstraße verlagert werden. Um für den Markt an anderer Stelle mehr Platz zu schaffen, wäre eine sechswöchige Sperrung der

Tauentzienstraße in Fahrtrichtung Westen nötig.

Dem ersten Anschein nach sei das Senatskonzept "nicht genehmigungsfähig" und müsse nachgebessert werden, sagte Herz. Erst jetzt habe das Bezirksamt "umfangreiche Materialien" erhalten. Für den Berlin-Schriftzug sei auch die Zustimmung des Landesdenkmalamts und der Unteren Denkmalschutzbehörde im Bezirk nötig.

Bisher dominieren massive Lkw-Sperren mit eingebauten Pollern und Metallgitterkörbe, die Sandsäcke enthalten. Die Körbe wurden soeben mit bunten Planen überzogen, die allerdings nicht als Verschönerung gedacht sind. Vielmehr reagierte der Senat auf die Forderung der AG City, wegen "starker Verunreinigungen für einen Abdeckschutz zu sorgen".

Pfarrer Martin Germer von der Gedächtniskirche hatte sich vor gut einem Jahr in einem offenen Brief über zugeparkte Rettungswege und fehlende Papierkörbe beschwert. In einem zusätzlichen Schreiben an den Innensenator sprach sich die Kirchenstiftung damals "entschieden gegen den geplanten monumentalen Berlin-Schriftzug aus", wie Germer berichtet. "Dieser Brief blieb bis heute ohne Antwort." Bisher sei nichts geschehen, um "uns in irgendeiner Weise in die Überlegungen einzubeziehen".

Der Berlin-Schriftzug sei "zu banal", sowohl "als Foto-Vordergrund für die Kirche als auch in räumlicher Nähe zum Gedenkort für die Opfer des Anschlags", betont Germer im Namen der Stiftung, deren Kuratorium er als zweiter und geschäftsführender Vorsitzender angehört. Es müsse einen Gestaltungswettbewerb geben, ähnlich wie vor der Entstehung des Ende 2017 eröffneten Gedenkorts.

"Zusätzlich zu den gravierenden ästhetischen Bedenken" habe man auf weitere Probleme hingewiesen, sagt der Pfarrer. Der Schriftzug würde zum Fotomotiv, was Menschen dazu verleiten könne, "sich auf die Fahrbahn zu begeben, um attraktive Perspektiven mit Schriftzug, zu fotografierenden Personen und Gedächtniskirche im Hintergrund zu gewinnen". Dies ließe sich zwar vermeiden, indem der Schriftzug weiter ins Platzinnere verlegt werde, doch dann stünde die Barriere "noch dichter" am Gedenkort. Außerdem befürchtet Germer, dass sie mit Graffiti besprüht, mit Kaugummis beklebt oder anderweitig verunziert werde. "Wir sehen das Land Berlin und den Bezirk nicht in

der Lage, hier kontinuierlich für Sauberkeit zu sorgen."

Der bezirkliche FDP-Fraktionschef Felix Recke verlangte im BVV-Ausschuss, das "Konzept nochmal aufzumachen" und eine Sicherung des Platzes mit "Stadtmöbeln" zu prüfen. Infrage kämen beispielsweise City Trees. Solche rechteckigen Luftfilter mit Moosfüllung standen neulich während eines Pilotprojekts vor dem Bikini-Haus. Leider seien City Trees "nicht sehr hübsch", gab Stadtrat Herz zu bedenken. Recke erwiderte, sie "könnten auch anders aussehen". Schließlich stimmte der Ausschuss einem leicht abgeänderten FDP-Antrag zu, wonach der Bezirk den Senat auffordern soll, seine Pläne zu überarbeiten. Nur die CDU votierte dagegen, weil das Bezirksamt sich schon einmal – erfolglos – an die Innenverwaltung gewandt habe und das Thema damit "durch Verwaltungshandeln erledigt" sei.